



N i e d e r s c h r i f t

über die 2. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 03.12.2009

Sitzungsraum: Monheim am Rhein, Ratssaal
Beginn: 18:45 Uhr
Ende: 22:00 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach
Herr Tim Brühlend
Herr Karl-Heinz Göbel
Herr Heinz-Jürgen Goldmann
Herr Markus Gronauer
Frau Gabriele Hackel
Herr Robert Helpenstell
Herr Karl König
Herr Bruno Kosmala
Herr Reinhard Ockel
Herr Harald Schlee
Herr Peter Werner

Mitglieder der Fraktion Peto

Herr Florian Große-Allermann
Frau Stefanie Isensee
Herr Karsten Köchling
Frau Jana Lang
Frau Janne Oberdieck
Frau Svenja Oberdieck
Frau Lisa Riedel
Herr Max Riedel
Herr Lucas Risse
Herr Jens Timmermann
Herr Sven Timmermann
Frau Sabine Weber

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Alaattin Bayrak
Herr Werner Goller
Herr Thomas Heinen
Frau Wally Hengsberger
Herr Helmut Nieswand

Frau Ursula Schlöber
Herr Alexander Schumacher

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell
Frau Andrea Stamm

Mitglieder der FDP-Fraktion

Frau Helga Blum
Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz
Frau Dr. Doris Schröder-Weber

MfM

Frau Lilo Friedrich

Linke

Herr Benjamin Daniel Kenzler

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Annette Berg
Herr Martin Frömmer
Herr Manfred Hein
Frau Gisela Herforth
Herr Max Herrmann
Herr Kurt Hundenborn
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Georg Mittmann
Herr Georg Thomanek
Herr Uwe Trost
Frau Marion Warden
Herr Thomas Waters

Schriftführerin

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Jens Geyer entschuldigt

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Dr. Norbert Stapper entschuldigt

von der Verwaltung

Herr Gerhard Müchler

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
3. Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen VIII/0120
4. Beschluss über die Gültigkeit der Wahl des Bürgermeisters sowie die Wahl der Vertretung der Stadt Monheim am Rhein vom 30. August 2009 gemäß §§ 40 und 46 b des Kommunalwahlgesetzes (KWahlG) in Verbindung mit § 66 der Kommunalwahlordnung (KWahlO) VIII/0098
5. Beschluss über die Gültigkeit der Wahl des Seniorinnen- und Seniorenbeirates der Stadt Monheim am Rhein vom 30. August 2009 gemäß § 40 des Kommunalwahlgesetzes (KWahlG) in Verbindung mit § 66 der Kommunalwahlordnung (KWahlO). VIII/0096
6. Richtlinie für das Beteiligungsmanagement der Stadt Monheim am Rhein VIII/0076
7. Bildung eines Integrationsausschusses gem. § 27 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) VIII/0087
8. Wahlordnung für die Wahl der direkt in den Integrationsausschuss der Stadt Monheim am Rhein zu wählenden Mitglieder VIII/0088
9. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein VIII/0093
10. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse VIII/0095
11. Änderung der "allgemeinen Richtlinien des Rates über die Bildung und Zuständigkeiten der Ausschüsse (Zuständigkeitsordnung)" VIII/0094
12. Bildung eines Wahlausschusses VIII/0099
13. Änderung der Satzung des Jugendamtes VIII/0034
14. Änderung der Satzung der Volkshochschule VIII/0028
15. Satzung zur 1. Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung VIII/0054

(Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"

- | | | |
|-----|---|-----------|
| 16. | Satzung zur 1. Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein) vom 16.12.2008" | VIII/0055 |
| 17. | Satzung zur 1. Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008" | VIII/0057 |
| 18. | Bebauungsplan Nr. 26 B - 3. Änderung (Gewerbegebiet Robert-Bosch-Straße) Satzungsbeschluss | VIII/0049 |
| 19. | Bebauungsplan Nr. 58.2 M Heerweg/Friedhofstraße - 5. Änderung Satzungsbeschluss | VIII/0044 |
| 20. | Bebauungsplan 55 M 1. Änderung "Bayer-Parkplatz" | VIII/0046 |
| 21. | Bebauungsplan Nr. 30 M - 3. Änderung (Gewerbegebiet Am Wald) Satzungsbeschluss | VIII/0048 |
| 22. | Bebauungsplan Nr. 84M 1. Änderung "Gewerbegebiet Rheinpark"
Ausnahme von der Veränderungssperre | VIII/0109 |
| 23. | Projekt "Ulla-Hahn-Haus" | VIII/0039 |
| 24. | Einrichtung von integrativen Lerngruppen (ILG) in der Sek. I der Peter-Ustinov-Gesamtschule zum Schuljahresbeginn 2010/2011 | VIII/0083 |
| 25. | Förderung der Seniorentagesstätten der Arbeiterwohlfahrt in der Stadt Monheim am Rhein | VIII/0091 |
| 26. | Vorlage des erläuterten Wirtschaftsplans 2010 der Bibliothek Monheim gemeinnützige Gesellschaft mbH | VIII/0043 |
| 27. | Umwidmung von Haushaltsmitteln
- Herstellung von Mindeststandards für eine zweizügige Grundschule im offenen Ganztage an der Winrich-von-Kniprode-Schule | VIII/0118 |
| 28. | Genehmigung der Dringlichen Entscheidung des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.11.2009 (Vorlage VIII/0092) Betrauung der Bahnen der Stadt Monheim GmbH (BSM) und der Rheinbahn AG mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im VRR-Finanzierungssystem | VIII/0117 |

29.	Amtliche Schulstatistik für das Schuljahr 2009/10	VIII/0051
30.	Antrag der SPD-Fraktion vom 17.11.2009 zum Öffentlichen Personennahverkehr in Monheim am Rhein hier: Vorschläge für ein neues Linienwegkonzept	VIII/0111
31.	Antrag der CDU-Fraktion vom 18.11.2009 zur Vorlage einer Liste von geplanten Sanierungsmaßnahmen an Sportanlagen im Rahmen der Haushaltseinbringung	VIII/0112
32.	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 19.11.2009 zu den Auswirkungen der ARGE-Auflösung	VIII/0113
33.	Integriertes Handlungskonzept zur Stärkung der Innenstadt in Monheim am Rhein	VIII/0061
34.	Auflösung der Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann mbh	VIII/0102
35.	Mündliche Mitteilungen	
36.	Mündliche Anfragen	
36.1.	Anfrage der SPD-Fraktion zu dem Festakt der Ehrenringverleihung für Eli Fedida	
36.2.	Anfrage der SPD-Fraktion zum Ernst-Reuter-Platz	
36.3.	Anfrage der SPD-Fraktion zu einem Teilstück der Robert-Koch-Straße	
36.4.	Anfrage der CDU-Fraktion zu den Reflektoren in Kreisverkehren und Verkehrsinseln	
36.5.	Hinweis eines Sprechers der SPD-Fraktion zu einer Liegenschaft am Ernst-Reuter-Platz	
36.6.	Frage eines Sprechers der SPD-Fraktion zu dem Fußgängerüberweg an der Benrather Straße	

SITZUNGSERGEBNIS:

In öffentlicher Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest und teilt mit, dass die Ratsmitglieder Jens Geyer -SPD- und Dr. Norbert Stapper -Bündnis 90 /Die Grünen entschuldigt fehlen. Er weist auf die Erweiterung der Tagesordnung um die TOP 33 (VIII/0061) und TOP 34 (VIII/0102) hin. Gegen die Erweiterung der Tagesordnung ergeben sich keine Bedenken.

Der Bürgermeister bringt zum Ausdruck, dass es trotz des verspäteten Beginns der Sitzung und der umfangreichen Tagesordnung wünschenswert sei, die TO heute abzuarbeiten und nicht den Fortsetzungstermin am 09.12., zu dem vorsorglich mit eingeladen wurde, in Anspruch nehmen zu müssen. Er weist auf die Dringlichkeit der Beratung einer Vorlage im nichtöffentlichen Teil hin, und schlägt deshalb vor, dass der öffentliche Teil der Sitzung, unabhängig vom Beratungsablauf, auf jeden Fall um ungefähr 21:30 Uhr unterbrochen werden solle, um diesen Punkt heute zu beraten. Die restlichen TOP des öffentlichen Teils sollten dann ggf. in der folgenden Woche beraten werden.

2 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Reinhard Brasse stellt im Namen des Stadtsportverbandes eine Frage: Seit 2004 wurden der Stadt durch das Land projektbezogenen Zuschüsse zur Verfügung gestellt, die als Pauschalen ausgezahlt werden. Eine Anfrage an den Innenminister des Landes NRW wurde durch Schreiben vom 09.11.2009 dahingehend beantwortet, dass die Vereine an der Verteilung beteiligt werden könnten. Die Frage lautet: Wie werden die Mittel in Höhe von ca. 100.000 EUR bei der Stadt Monheim am Rhein verwendet?

Der Kämmerer verweist auf einen Ratsbeschluss in Verbindung mit dem PPP-Modell, wonach die Investitionspauschale für Sportstätten, die z. Zt. ein Volumen von 115.000 EUR betrage, komplett zur Finanzierung der Sanierung aller Turnhallen verwendet werden solle. Diese Sanierungsmaßnahmen betrügen mehr als 2 Mio. EUR, so dass die Investitionspauschale in den nächsten acht Jahren noch zur Abzahlung benötigt würde.

3 Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen Vorlage: VIII/0120

Information:

VIII/0006 Änderung der Geschäftsordnung für den Rat der Ausschüsse der Stadt Monheim am Rhein.

Beschluss wurde ausgeführt.

VIII/0017 Ausbauschritte U3 und Kindergartenbedarfsplanung
- Neubau einer Kindertagesstätte auf dem Gelände der ehemaligen Wilhelm-Busch-Schule

Die Verwaltung hat ein Planungsteam für den Neubau der Kindertageseinrichtung beauftragt.

Mit der Planung auf der Basis der vorgestellten und im Rat beschlossenen Konzepte wurde begonnen.

Der Rat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

- 4** **Beschluss über die Gültigkeit der Wahl des Bürgermeisters sowie die Wahl der Vertretung der Stadt Monheim am Rhein vom 30. August 2009 gemäß §§ 40 und 46 b des Kommunalwahlgesetzes (KWahlG) in Verbindung mit § 66 der Kommunalwahlordnung (KWahlO)**
Vorlage: VIII/0098

Beschluss:

Die Wahl des Bürgermeisters sowie die Wahl der Vertretung der Stadt Monheim am Rhein vom 30. August 2009 wird gemäß § 40 Abs. 1 Buchstabe d Kommunalwahlgesetz (KWahlG) für gültig erklärt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

- 5** **Beschluss über die Gültigkeit der Wahl des Seniorinnen- und Seniorenbeirates der Stadt Monheim am Rhein vom 30. August 2009 gemäß § 40 des Kommunalwahlgesetzes (KWahlG) in Verbindung mit § 66 der Kommunalwahlordnung (KWahlO).**
Vorlage: VIII/0096

Beschluss

Die Wahl des Seniorinnen- und Seniorenbeirates vom 30. August 2009 wird gemäß § 40 Abs. 1 Buchstabe d) Kommunalwahlgesetz (KWahlG) für gültig erklärt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

6 Richtlinie für das Teilnehmungsmanagement der Stadt Monheim am Rhein

Vorlage: VIII/0076

Auf Bitte der Sprecherin der SPD-Fraktion erläutert der Bürgermeister die Änderungen und Ergänzungen der Vorlage und weist daraufhin, dass diese so im HaFi beschlossen wurden.

Beschluss

Die als Anlage beigefügte Teilnehmungsrichtlinie der Stadt Monheim am Rhein wird beschlossen und tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Die inhaltliche Umsetzung richtet sich nach dem ebenfalls als Anlage beigefügten Projektplan.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

7 Bildung eines Integrationsausschusses gem. § 27 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW)

Vorlage: VIII/0087

Beschluss

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt, einen Integrationsausschuss gemäß § 27 Abs. 1 Satz 5 GO NRW zu bilden.

Der Rat legt die Zahl der Mitglieder des Integrationsausschusses auf insgesamt 13 fest, die sich aus sieben vom Rat bestellten Mitgliedern und sechs Mitgliedern, die nach den Regeln des § 27 Abs. 2 Satz 1 GO NRW gewählt werden, zusammensetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

8 Wahlordnung für die Wahl der direkt in den Integrationsausschuss der Stadt Monheim am Rhein zu wählenden Mitglieder

Vorlage: VIII/0088

Beschluss

1. Die Wahlordnung der Stadt Monheim am Rhein für die Wahl der Mitglieder des Ausländerbeirates in der Fassung vom 18. Mai 1999 wird aufgehoben.
2. Die Wahlordnung für die Wahl der direkt in den Integrationsausschuss der Stadt Monheim am Rhein zu wählenden Mitglieder wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Die Wahlordnung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

- 9** **einstimmig zugestimmt**
Änderung der Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein
Vorlage: VIII/0093

Beschluss

Die Satzung zur 2. Änderung der „*Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 19.12.2007*“ wird in der als Anlage vorgelegten Fassung beschlossen. Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

- 10** **Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse**
Vorlage: VIII/0095

Beschluss

Die „*Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Monheim am Rhein*“, zuletzt geändert durch Beschluss des Rates vom 27.10.2009, wird wie folgt geändert:

- **§ 6 Abs. 2 Buchstabe b) erhält folgende Fassung:**

„b) Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken durch die Stadt; dies gilt auch für Pacht, Miete oder ähnliche Rechtsgeschäfte, durch die der Stadt Rechte an einer Liegenschaft verschafft werden bzw. die Stadt solche Rechte Dritten verschafft“

- **in § 6 Abs. 2 Buchstabe g) wird der Halbsatz nach dem Wort „Vertragsangelegenheiten“ gestrichen**

- **in § 6 Abs. 2 wird Buchstabe g) folgender Buchstabe h) hinzugefügt:**

„h) Angelegenheiten der städtischen Beteiligungen, wenn dies zur Gewährleistung des Schutzes von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen der betreffenden Beteiligung im Einzelfall erforderlich ist.“

- **in § 6 Abs. 2 wird nach Satz 1 folgender Satz 2 hinzugefügt:**

„Satz 1 Buchst. a) bis g) gilt nicht, wenn im Einzelfall weder Belange des öffentlichen Wohls noch berechnete Ansprüche oder schützenswerte Interessen Einzelner den Ausschluss der Öffentlichkeit gebieten.“

- **§ 29 Abs. 7 Satz 2 erhält folgende Fassung:**

„Anträge der Fraktion an den Rat oder den Bürgermeister müssen von einer der in § 29 Abs. 2 genannten Personen unterzeichnet sein.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**11 Änderung der "allgemeinen Richtlinien des Rates über die Bildung und Zuständigkeiten der Ausschüsse (Zuständigkeitsordnung)"
Vorlage: VIII/0094**

Ein Sprecher der SPD-Fraktion bittet darum, zukünftig bei Satzungsänderungen eine Synopse beizufügen. Durch eine Gegenüberstellung der bisherigen zu der neuen Fassung würden die Änderungen deutlicher und nachvollziehbarer.

Das sagt der Bürgermeister zu.

Beschluss

Die „Allgemeinen Richtlinien des Rates der Stadt Monheim am Rhein über die Bildung und die Zuständigkeiten der Ausschüsse (Zuständigkeitsordnung) vom 18.12.2007“ werden wie folgt geändert:

§ 2 Abs. 3 wird um folgenden Buchstaben g) ergänzt:

„g) aller Angelegenheiten der Beteiligungen, die der Beschlussfassung des Rates unterliegen, sofern nicht die Zuständigkeit des Betriebsausschusses berührt ist.“

In § 5 III. wird Buchstabe e) gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**12 Bildung eines Wahlausschusses
Vorlage: VIII/0099**

Der Sprecher der CDU-Fraktion schlägt als Beisitzer die Ratsmitglieder Markus Gronauer und Reinhard Ockel vor. Als persönlichen Stellvertreter für Herrn Gronauer wird Herr Peter Werner und als Stellvertreterin für Herrn Ockel wird Frau Gabriele Hackel vorgeschlagen.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion schlägt als Beisitzer Herrn Werner Goller und als persönliche Stellvertreterin Frau Ursula Schlößer sowie als weiteren Beisitzer Herrn Alexander Schumacher und persönlichen Stellvertreter Herrn Thomas Heinen vor.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion schlägt als Beisitzer Herr Max Riedel und als persönlichen Stellvertreter Herr Florian Große-Allermann und als weitere Beisitzerin Frau Brinja Noth und als deren Stellvertreterin Frau Janne Oberdieck vor.

Die Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen schlägt als Beisitzer Herr Bert Schukat und als persönliche Vertreterin Frau Andrea Stamm vor.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion schlägt als Beisitzer Herr Oliver Stapelkamp und als persönliche Stellvertreterin Frau Helga Blum vor.

Beschluss

Die Zahl der Beisitzenden des Wahlausschusses wird gemäß § 2 Abs. 3 Satz 1 des Kommunalwahlgesetzes (KWahlG) auf acht festgelegt.

	Beisitzende	Persönliche Stellvertretung
1.	Reinhard Ockel – CDU -	Gabriele Hackel – CDU -
2.	Markus Gronauer – CDU -	Peter Werner – CDU -
3.	Werner Goller – SPD -	Ursula Schlößer – SPD -
4.	Alexander Schumacher – SPD	Thomas Heinen – SPD -
5.	Max Riedel – PETO -	Florian Große-Allermann – PETO -
6.	Brinja Noth – PETO -	Janne Oberdieck – PETO -
7.	Bert Schukat – Bündnis 90/Die Grünen -	Andrea Stamm – Bündnis 90/Die Grünen -
8.	Oliver Stapelkamp – FDP -	Helga Blum – FDP -

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

13 Änderung der Satzung des Jugendamtes Vorlage: VIII/0034

Beschluss

Die Satzung zur Änderung der „Satzung des Jugendamtes der Stadt Monheim am Rhein vom 16.1.1995“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

14 Änderung der Satzung der Volkshochschule Vorlage: VIII/0028

Beschluss

Der Rat beschließt die Satzungsänderung in der vorgelegten Fassung. Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

15 **Satzung zur 1. Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"**
Vorlage: VIII/0054

Die Sprecherin der FDP-Fraktion erklärt, dass ihre Fraktion auch nach der umfassenden Vorberatung in den Fachausschüssen noch Klärungsbedarf, u.a. zu der Änderung der kalkulatorischen Abschreibung, habe und sie sich deshalb heute bei der Abstimmung enthalten würden. Die noch offenen Fragen würden schriftlich eingereicht.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion bedankt sich bei dem Vorlagenverfasser für die ausführlichen Erläuterungen in den Fachausschüssen. Trotzdem könne ihre Fraktion auf weitere Erklärungen insbesondere im Hinblick auf die Gebührenerhöhung für Restmüllgefäße und Restmüllcontainer nicht verzichten.

Der Bürgermeister erteilt Herrn Hein das Wort, der die der Kalkulation zugrunde liegende Berechnung nochmals umfangreich erläutert. Durch den Zuwachs von Restmüllkleingefäßen und den Rückgang bei Restmüllgroßgefäßen käme es zu den Diskrepanzen bei der Grundgebühr. Der Aufwand bei gleich entsprechendem Volumen sei bei vielen Kleingefäßen selbstverständlich größer als bei weniger Großgefäßen.

Beschluss

Die Satzung zur 1. Änderung der „Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.
Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 3 FDP

16 **Satzung zur 1. Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein) vom 16.12.2008"**
Vorlage: VIII/0055

Die Sprecherin der SPD-Fraktion fragt an, ob eine ihr bekanntgewordene "Änderung der Erhöhung der Abwassergebührenhilfe zu Lasten der Schlüsselmasse der Zuweisung insgesamt" sich auf die vorliegende Gebührenkalkulation auswirken werde.

Der Kämmerer teilt mit, dass die Stadt Monheim am Rhein nicht Empfänger

solcher Zuweisungen sei.

Beschluss

Die Satzung zur 1. Änderung der „Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein) vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.
Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

- 17** **Satzung zur 1. Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008"**
Vorlage: VIII/0057

Die Sprecherin der SPD-Fraktion fordert die angekündigten Informationen durch die Verwaltung ein.

Die Verwaltung teilt mit, dass die sich aus dem Betriebsabschluss ergebende Analyse - nach den noch erforderlichen Klärungsgesprächen mit den städtischen Betrieben - nachgereicht werden solle.

Beschluss

Die Satzung zur 1. Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.
Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

- 18** **Bebauungsplan Nr. 26 B - 3. Änderung (Gewerbegebiet Robert-Bosch-Straße) Satzungsbeschluss**
Vorlage: VIII/0049

Beschluss

1. Die 3. Änderung des Bebauungsplans 26 B (Gewerbegebiet Robert – Bosch-Straße) wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 (8) BauGB eine Begründung beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

19 **Bebauungsplan Nr. 58.2 M Heerweg/Friedhofstraße - 5. Änderung**
Satzungsbeschluss
Vorlage: VIII/0044

Beschluss

2. Die 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 58.2 wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 (8) BauGB eine Begründung beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

20 **Bebauungsplan 55 M 1. Änderung "Bayer-Parkplatz"**
Vorlage: VIII/0046

Beschluss

1. Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlage zur Drucksache behandelt.
2. Der Bebauungsplan 55 M 1. Änderung wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 (8) BauGB eine Begründung beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

21 **Bebauungsplan Nr. 30 M - 3. Änderung (Gewerbegebiet Am Wald)**
Satzungsbeschluss
Vorlage: VIII/0048

Beschluss

3. Die 3. Änderung des Bebauungsplans 30 M (Gewerbegebiet Am Wald) wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 (8) BauGB eine Begründung beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

22 **Bebauungsplan Nr. 84M 1. Änderung "Gewerbegebiet Rheinpark"**
Ausnahme von der Veränderungssperre
Vorlage: VIII/0109

Auf verschiedene Anfragen und Anmerkungen seitens der CDU-Fraktion zu dem vorgesehenen Verfahren erklärt die Verwaltung, dass nach dem in dieser Sitzung gefassten Ratsbeschluss eine weitere Vorberatung im Fachausschuss nicht mehr vorgesehen sei.

Die Verwaltung erläutert nochmals eingehend die Vorlage und führt aus, dass man sich im durchgeführten Bauleitplanverfahren rechtlich habe beraten und begleiten lassen. Nach dem heutigen Beschluss könne die Untere Bauaufsichtsbehörde im Verfahren nach dem BImSchG eine positive Stellungnahme zu dem Verfahren abgeben. Auf der Grundlage des rechtskräftigen Bebauungsplanes könne die Befreiung von den Festsetzungen der Höhenmaße erteilt werden, weil die Grundzüge der Planung nicht berührt würden. Bezüglich der vorgesehenen Nutzung könne eine Ausnahme von den derzeitigen Festsetzungen des Bebauungsplanes gewährt werden, damit das gesamte Verfahren zum jetzigen Zeitpunkt beschleunigt werden könne.

Durch die seitens der Firma plausibel dargelegten Gründe hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen "Bahnumschlagshalle" und Hochregallager ist die Verwaltung der Auffassung, dass die Stadt Monheim, die Gesellschafter der Bahnen der Stadt Monheim ist, nur von diesem Bauvorhaben profitieren könne. Zumal die Schaffung neuer Arbeitsplätze mit dieser Baumaßnahme einherginge.

Zunächst bringen Sprecher der CDU-Fraktion zum Ausdruck, dass grundsätzlich die Weiterentwicklung der Firma Hammesfahr begrüßt und man dieser nicht entgegen stehen werde. Rückblickend auf die Situation bzgl. der Ansiedlung der Firma IMR fehlten seitens der Verwaltung jetzt noch ergänzende Aussagen zu dem durch das geplante Bauvorhaben entstehenden zusätzlichen Verkehr - insbesondere auf der Niederstraße.

Die Verwaltung erklärt zunächst zu der Wortmeldung eines Sprechers der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass auf die Fassadengestaltung des Bauwerkes Einfluss genommen werde und dass bei der Erteilung von der Befreiung der Ausnahmen des Bebauungsplanes die Zustimmung aller Nachbarn Voraussetzung sei.

Bezüglich der Anfragen zu dem erwarteten Verkehrsaufkommen und der -belastung teilt die Verwaltung mit, dass keine genauen Angaben dazu gemacht werden könnten, wie viel Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagert würde. Es müsse allen klar sein, dass sich durch jedes weitere Bauvorhaben und jede weitere besiedelte Fläche im Gewerbegebiet Rheinpark das Verkehrsaufkommen erhöhen würde. Dieses sei allerdings im ursprünglichen Bebauungsplan und den dazu erstellten Gutachten berücksichtigt und dargestellt worden. Es sei immer beabsichtigt gewesen, den Schwerlastverkehr über die Straße Am Kielsgraben abzuführen.

Ergänzend führt die Verwaltung aus, dass die Neuordnung der Verkehrslenkung des Schwerverkehrs für das Gebiet Rheinpark mit der Zielsetzung die Niederstraße aus der bisher noch bestehenden Wegweisung herauszunehmen u.a. mit Polizei, Feuerwehr, ADAC und dem Bürgerverein abgestimmt wurde und bald umgesetzt werden soll.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion erklärt, dass ihre Fraktion der Vorlage zustimmen werde, da ihrer Auffassung nach die Fraktionen seit dem Frühjahr über das Projekt und dessen Fortschritt kontinuierlich und ausreichend informiert worden seien.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion weist in ihrer Wortmeldung ganz besonders auf das aus ihrer Sicht "fraktionsübergreifende Bündnis" bei der Begleitung dieses Projektes zum Vorteil der Stadt Monheim hin.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion erklärt, dass auch ihre Fraktion dem Vorhaben positiv gegenüberstehe. Auch sie fasst nochmals - wie ihre Vorredner der anderen Fraktionen - den Werdegang des Projektes zusammen. Sie hebt die Unterschiede dieses Projektes zu dem in der Diskussion angesprochenen Bauvorhabens der Firma IMR hervor und zieht zum Schluss ein positives Fazit hinsichtlich der geplanten Erweiterung des bestehenden Gewerbebetriebes.

Der Bürgermeister erteilt dem anwesenden Geschäftsführer der Bahnen der Stadt Monheim, Herrn Hövermann, das Wort. Dieser führt aus, dass es sich bei dem geplanten Bauvorhaben der Firma Hammesfahr gerade für die Bahnen der Stadt um ein extrem wichtiges Projekt handle, da sich dadurch die Tonnage um 70.000 bis 80.000 Tonnen pro Jahr - mit Aussicht auf weitere Erhöhung des Tonnenvolumens in den nächsten Jahren- erhöhen würde.

Zum Abschluss der Diskussion bringt der Sprecher der CDU-Fraktion nochmals zum Ausdruck, dass für die Zukunft von der Verwaltung erwartet werde, wenn Vorlagen ohne vorherige Beratung in den Fachausschüssen direkt dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt würden, alle Informationen und Probleme ausführlicher darzustellen.

Die Verwaltung nimmt die Ausführung zur Kenntnis und weist in diesem Zusammenhang nochmals auf den enormen Planungsdruck im Zusammenhang mit der Erweiterung des Betriebes hin. Das habe eine eingehendere Darstellung bzw. eine Bilanzierung des Verkehrsaufkommens zwischen Straße und Schiene zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich gemacht. Ein Verkehrskonzept im Zusammenhang mit diesem Bauvorhaben soll dem Rat zur Kenntnis gegeben werden.

Zu einer Wortmeldung aus dem Publikum erklärt der Bürgermeister, dass die Geschäftsordnung des Rates Wortmeldungen außerhalb der Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner leider nicht zulasse.

Beschluss

1. Der Rat zieht die Angelegenheit gemäß § 9 Abs. 4 Satz 1 der Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein an sich.
2. Das Bauvorhaben der Firma Hammesfahr über die Errichtung eines Hochregal-/ Aerosollagers im Geltungsbereich der Veränderungssperre wird gemäß § 3 Abs. 2 der Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 84 M 1. Änd. als Ausnahme zugelassen, da überwiegende öffentliche Belange nicht entgegen stehen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Projekt "Ulla-Hahn-Haus"
Vorlage: VIII/0039

Der Bürgermeister erläutert ausführlich die Vorlage. Er verweist darauf, dass die Stiftung Monheim der Stadt Sparkasse Düsseldorf autark sei. Bezüglich der im Vorfeld aufgetretenen Fragen hinsichtlich der Bewilligung von Stiftungsgeldern und damit der weiteren Finanzierung des Projektes über das Jahr 2012 hinaus, erklärt der Bürgermeister, dass in dem angesprochenen Jahr die Zinsbindung auslaufe und dann ein insgesamt geringerer Zuschuss aus Stiftungsmitteln ausgeschüttet werde. Zu diesem Zeitpunkt bestünde dann aber die Möglichkeit die städtische Bibliothek, die mit einem großen Anteil von Stiftungsgeldern finanziert werde, wieder in den städtischen Haushalt zu übernehmen, so dass dann Stiftungsgelder für eine weitere Förderung des Sprach- und Literaturförderkonzeptes "Ulla-Hahn-Haus" frei würden.

Zu der Wortmeldung der Sprecherin der Fraktion Bündnis90/Die Grünen hinsichtlich der räumlichen Ausgestaltung des "Ulla-Hahn-Hauses" führt der Bürgermeister aus, dass dafür noch keine Konzepte vorlägen. Um überhaupt in die weitere Planung und Konzeption einsteigen zu können, sei zunächst der heutige Beschluss als Startsignal erforderlich. Es dürfe auch nicht außer acht gelassen werden, dass die Förderzusage des Landes noch nicht verbindlich vorliege.

Die Sprecherinnen und Sprecher aller Fraktionen machen im Verlauf der Aussprache deutlich, dass sie dem Projekt, auch wenn es über den in der Vorlage genannten Zeitraum hinaus zu Problemen bei der Finanzierung kommen könne, ausgesprochen positiv gegenüberstünden. Die Verwaltung möge sich um eine Fortsetzung und Sicherstellung der Finanzierung des lobenswerten Projektes -ggf. auch aus anderen Töpfen- auch über den in der Vorlage genannten Zeitraum hinweg bemühen.

Beschluss

Der Ausschuss empfiehlt der Stiftung Monheim der Stadtsparkasse Düsseldorf den vom Friedrich-Bödecker-Kreis NRW e.V. beantragten Zuschuss in Höhe von 20.000,00 € für 2010 und 30.000,00 € für 2011 zu bewilligen, wenn das Land die endgültige Förderzusage erteilt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Einrichtung von integrativen Lerngruppen (ILG) in der Sek. I der Peter-Ustinov-Gesamtschule zum Schuljahresbeginn 2010/2011
Vorlage: VIII/0083

Die Verwaltung teilt mit, dass die Schulkonferenz am 30.11.2009 mit überwältigender Mehrheit der Einrichtung von integrativen Lerngruppen zugestimmt habe.

Sprecherinnen verschiedener Fraktionen bringen ihre Freude über diesen Beschluss zum Ausdruck und richten den Appell an andere weiterführende

Schulen ebenfalls in diese Richtung tätig zu werden.

Beschluss:

1.

Zum Schuljahresbeginn 2010/2011 und den Folgejahren wird in der Sekundarstufe I der Peter-Ustinov-Gesamtschule in jeweils einer Eingangsklasse eine integrative Lerngruppe eingerichtet.

2.

Zur Herstellung der personellen und sächlichen Voraussetzungen werden im Haushaltplan 2010 ff folgende Maßnahmen berücksichtigt:

a)

im Haushaltsplan 2010 wird ein Ansatz für Sachmittel (Erstausrüstung für sonderpädagogische Unterrichtsmaterialien) in Höhe von €15.000 berücksichtigt,

b)

in der mittelfristigen Finanzplanung (Finanzplan B) werden für das Jahr 2011 ff die notwendigen Mittel zur Schaffung des erforderlichen (zusätzlichen) Raumbedarfes auf Grundlage einer noch zu entwickelnden Ausbauplanung und einer Kostenschätzung eingestellt,

c)

im Rahmen der Haushaltsplanberatungen (Stellenplan) wird den besonderen und zusätzlichen Anforderungen an Schulsozialarbeit in der Peter-Ustinov-Gesamtschule Rechnung getragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**25 Förderung der Seniorentagesstätten der Arbeiterwohlfahrt in der Stadt Monheim am Rhein
Vorlage: VIII/0091**

Beschluss

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Vertrag zwischen der Stadt Monheim am Rhein und der Arbeiterwohlfahrt - Kreisverband Mettmann e. V. vom 12.12.2001 auf der Grundlage des der Verwaltungsvorlage als Anlage beigefügten Vertragsentwurfs mit Wirkung vom 01.01.2011 zu ändern.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**26 Vorlage des erläuterten Wirtschaftsplans 2010 der Bibliothek Monheim gemeinnützige Gesellschaft mbH
Vorlage: VIII/0043**

Die Verwaltung erläutert vor Beschlussfassung die Vorlage und weist darauf hin, dass sich die wesentlichen Änderungen des Wirtschaftsplanes für das Jahr 2010

auf das Konzept bei der Medienbeschaffung in der Sachliteratur (hier: mittelfristige Umstellung auf digitale Medien) und damit verbunden eine Reduzierung der Honorarkosten und dem Ausbau der Personalkosten (hier: Einstellung von Fachpersonal, das vermehrt Beratungstätigkeit wahrnimmt). Damit einhergehend sei eine Qualitätsverbesserung der Bibliothek zu erzielen.

Zu der Nachfrage eines Sprechers der SPD-Fraktion hinsichtlich der Reduzierung des beantragten Zuschussbetrages verweist die Verwaltung auf den der Vorlage beiliegenden Finanz- bzw. Wirtschaftsplan, hier insbesondere auf den Posten "freie Gewinnrücklage aus 2008 und 2009". In Abstimmung mit dem Stiftungsvorstand habe die Gesellschafterversammlung beschlossen, nicht benötigte Zuschussmittel für die Jahre 2008 und 2009, die sich aus Wenigerausgaben für das Gebäudemanagement ergeben hätten, in diese "freie Rücklage" einzubringen, die jetzt zu einer Reduzierung des Zuschussbetrages führen könne.

Beschluss

Der Rat beauftragt den städtischen Vertreter der Bibliothek Monheim gemeinnützige Gesellschaft mbH den vorliegenden Wirtschaftsplan 2010 zu verabschieden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

27

Umwidmung von Haushaltsmitteln

- Herstellung von Mindeststandards für eine zweizügige Grundschule im offenen Ganztage an der Winrich-von-Kniprode-Schule

Vorlage: VIII/0118

Beschluss

1.

Die im Finanzplan B für das Haushaltsjahr 2009, Kostenstelle 40.02.013, Maßnahme: 94000011 zur Verfügung stehenden Mittel (€300.000) werden – teilweise – umgewidmet.

2.

Die dort veranschlagten Mittel sind für folgende Maßnahmen zu verwenden:

Anbau von 2 Klassen / OGATA-Räumen (€240.000),

Ausbau/Umbau der Verwaltung (€40.000),

Einrichtungsgegenstände / Verwaltung (€20.000)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

28

Genehmigung der Dringlichen Entscheidung des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.11.2009 (Vorlage VIII/0092)

Betrauung der Bahnen der Stadt Monheim GmbH (BSM) und der Rheinbahn AG mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im VRR-Finanzierungssystem
Vorlage: VIII/0117

Beschluss

Der Rat genehmigt die Dringliche Entscheidung des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.11.2009 (Vorlage VIII/0092) gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

29 Amtliche Schulstatistik für das Schuljahr 2009/10
Vorlage: VIII/0051

Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

30 Antrag der SPD-Fraktion vom 17.11.2009 zum Öffentlichen Personennahverkehr in Monheim am Rhein
hier: Vorschläge für ein neues Linienwegkonzept
Vorlage: VIII/0111

Die Sprecher der SPD-Fraktion erläutern und begründen den Antrag zum ÖPNV und weisen insbesondere auf die vier Kernpunkte hin. Hierbei handele es sich um die verstärkte Anbindung der Monheimer Altstadt, die Schaffung einer durchgehenden Nord-Süd-Linienverbindung als sog. "Stadtlinie", die Anbindung des Gebietes "Rheinpark" und eine verbesserte Anbindung an die S-Bahnlinie in Richtung Köln. Es wird der Wunsch zum Ausdruck gebracht, dass der Rat dem Antrag positiv gegenüberstehe und durch die Verweisung zur weiteren Beratung in den Fachausschuss - aber auch in weitere Gremien wie z. B. den Seniorinnen- und Seniorenbeirat und das Jugendparlament - der Beratungsprozess in Gang gesetzt werde. Selbstverständlich sei die Fachberatung der Bahnen der Stadt Monheim grundsätzliche Voraussetzung für den weiteren Fortgang.

Bevor der Bürgermeister dem Geschäftsführer der Bahnen der Stadt Monheim das Wort erteilt, bedankt er sich bei der SPD-Fraktion für die durch diesen Antrag vorgenommene Bündelung neuer und bereits seit langem bekannten Vorschlägen zum ÖPNV. Die Beratung eines neuen Linienwegenetzes im Fachausschuss sei sicherlich sinnvoll und wünschenswert.

Herr Hövermann führt aus, dass die Stadt Monheim die Aufgabe der Planung und des Betriebs des ÖPNV an die Bahnen der Stadt Monheim übertragen habe. Unter Verweis auf die mitunter schwierigen Abstimmungsprozesse mit den anderen Verkehrsbetrieben und Kommunen erklärt er, dass es nicht einfach sei, ein schlüssiges Konzept vorzulegen. Auch die Finanzierung eines solchen Konzeptes bedürfe einer umfangreichen Vorplanung. Erst ein definitiv umsetzbares Konzept würde der Politik und der Öffentlichkeit vorgelegt. Dafür sei jedoch noch ein nicht

unerheblicher Zeitaufwand nötig.

Im Verlaufe der weiteren Diskussion bringen Sprecher der anderen Fraktionen zum Ausdruck, dass man über den Antrag zum jetzigen Zeitpunkt erstaunt sei, da eine Ausarbeitung für den Fachausschuss bereits in Arbeit sei. Ein Optimierungsbedarf des Linienwegenetzes des ÖPNV sei nach einer Bedarfsanalyse grundsätzlich gewünscht und erforderlich. Es bestünde die einhellige Meinung, den Antrag zur weiteren Beratung unter Einbeziehung weiterer Gremien in den Fachausschuss zu verweisen.

Die Sprecherin der Fraktion von Bündnis90/Die Grünen bittet darum, noch folgende Ergänzungen mitzuberaten:

- Änderung des ungünstigen Verlaufs der Linien 788 + 789,
- Einrichtung einer Expressbuslinie in Richtung Benrath wg. Anbindung an den Fernverkehr und
- Öffnung der Straße "Auf der Heide" wg. der schnelleren Anbindung des Gewerbegebietes an der Alfred-Nobel-Straße an die S-Bahn Langenfeld.

Dagegen erheben sich keine Bedenken der anderen Ratsmitglieder.

Beschluss

Der Antrag der SPD-Fraktion sowie die Ergänzungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden zur weiteren Beratung an den Fachausschuss –unter Einbindung des Jugendparlamentes und des Seniorinnen- und Seniorenbeirates- verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

31 Antrag der CDU-Fraktion vom 18.11.2009 zur Vorlage einer Liste von geplanten Sanierungsmaßnahmen an Sportanlagen im Rahmen der Haushaltseinbringung Vorlage: VIII/0112

Der Sprecher der CDU-Fraktion begründet den Antrag seiner Fraktion und verweist u. a. auf die Dringlichkeit von notwendigen Sanierungsmaßnahmen. Da bereits seit Jahren an einem Sportstättenkonzept gearbeitet worden sei, sei es nunmehr unumgänglich nach den Etatberatungen eine Entscheidung darüber zu treffen.

In diesem Zusammenhang stelle sich auch die Frage, warum das im Kommunalwahlkampf favorisierte Sportstättenkonzept noch nicht zur Beschlussfassung vorgelegt werde.

Der Bürgermeister entgegnet, dass von der Verwaltung zurzeit mit Hochdruck unter Einbindung der Vereine an einem "neuen" Sportstättenkonzept gearbeitet und das notwendige Material zusammengestellt werde. Dies sei erforderlich, da bisher eine andere Planung verfolgt worden sei.

Es schließt sich eine heftig und kontrovers geführte Diskussion an, in der Vertreter der CDU- und der FDP-Fraktion ihr Unverständnis zum Ausdruck bringen, dass das notwendige Zahlenmaterial zu dem von den Fraktionen der PETO, SPD und

Bündnis90/Die Grünen favorisierten Sportstättenkonzept nicht vorgelegt werde. Dies liege sicher an fehlenden Vorschlägen für die notwendige Finanzierung.

Eine Sprecherin der FDP-Fraktion unterstützt ausdrücklich den Antrag der CDU-Fraktion und erklärt, dass die zeitnahe Umsetzung eines tragfähigen Sportstättenkonzeptes nunmehr unumgänglich sei. Bezüglich der einstimmigen Empfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport zur Beteiligung eines Vertreters des Stadtsportverbandes an den weiteren Beratungen zum Sportstättenkonzept erklärt die Verwaltung, für die anstehenden Haushaltsplanberatungen einen entsprechenden Beschluss vorzubereiten.

Der Bürgermeister weist im weiteren Verlauf der Aussprache auf die in den vergangenen Jahren durchgeführten Beratungen und Überlegungen zur schwierigen Finanzierung eines jeden bis dahin vorgestellten Sportstättenkonzeptes hin. Auch die befürchtete schwierige Situation eines großen Sportvereines nach Wegfall des Sportplatzes am Kielsgraben müsse intensiver in die Überlegungen des Sportstättenkonzeptes, das unter Beteiligung der Sportvereine erarbeitet werden soll, einbezogen werden. Die notwendigen Detailfragen, die die Bedürfnisse der Sportvereine berücksichtigten, ließen sich nicht unter Zeitdruck lösen.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis90/Die Grünen fordert zeitnah von der Verwaltung eine Bestandsaufnahme der baulichen Mängel, die Erstellung einer Prioritätenliste und die Erarbeitung eines Zeitplans. In diesem Zusammenhang teilt die Verwaltung unter Hinweis auf Punkt 1 des Antrages mit, dass diese konkreten Angaben im Zusammenhang mit der Einbringung des Haushaltes wahrscheinlich nicht vorgelegt werden würden, sicher jedoch im weiteren Verlauf der Haushaltsplanberatungen.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion verweist nochmals auf das Bürgerbegehren aus der letzten Wahlperiode, dem eine Ratsmehrheit beigetreten sei. Der dem Bürgerbegehren zugrundeliegenden Grundaussage, das Sportstättenkonzept auf der Basis des Nichtverkaufs von zwei Sportplätzen umzusetzen, würden die Fraktionen von SPD, PETO und Bündnis90/Die Grünen auch heute noch zustimmen. Dieses Bürgerbegehren sei auch nur deshalb möglich gewesen, weil es in der Vergangenheit immer wieder aus den unterschiedlichsten Gründen zu Verzögerungen hinsichtlich des damaligen Sportstättenkonzeptes gekommen sei. Nach seiner Auffassung sei der Antrag überflüssig, wenn der Bürgermeister zusage, dass im Rahmen der Haushaltsplanberatungen die erforderlichen Zahlen vorgelegt würden.

Auch die Sprecherin der PETO-Fraktion weist nochmals auf die in den vergangenen Wochen und Monaten kontrovers geführte Diskussion zum Sportstättenkonzept hin, das auch großen Raum im Wahlkampf eingenommen habe. Es sei als sicher festzustellen, dass es von den beteiligten Fraktionen keine Kehrtwende von dem Beitrittsbeschluss zum Bürgerbegehren geben werde. Zum Abschluss ihrer weiteren Ausführungen erklärt sie, dass ihre Fraktion dem Antrag zustimmen könne, wenn der Beschluss so geändert würde, dass die Verwaltung beauftragt werde, zu den Haushaltsplanberatungen die geforderte Liste vorzulegen.

Die antragstellende Fraktion wird der Beschlussänderung zustimmen, wenn sichergestellt sei, dass durch die Verwaltung die geforderte Auflistung rechtzeitig vor den entsprechenden Beratungen -und nicht als Tischvorlage- vorgelegt würde.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, zu den Haushaltsplanberatungen eine Liste von geplanten Sanierungsmaßnahmen an Sportanlagen inkl. deren Nebengebäude (insbesondere der Bezirkssportanlage Baumberg, des Jahnstadions und des Heinrich-Häck-Stadions) vorzulegen. Die Auflistung enthält dabei insbesondere folgende Aspekte:

1. Zeitpunkt der geplanten Maßnahme,
2. Kosten der geplanten Maßnahme,
3. Finanzierungsvorschlag

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Um 21:40 Uhr schlägt der Bürgermeister vor, den öffentlichen Teil der Sitzung trotz des ursprünglich gesetzten Limits von 21:30 Uhr weiterzuführen. Dagegen erheben sich keine Bedenken.

32 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 19.11.2009 zu den Auswirkungen der ARGE-Auflösung Vorlage: VIII/0113

Die Verwaltung beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu 1.: Bisher sind keine städtischen Beschäftigten zur ARGE gewechselt. Arbeitgeberin bzw. Dienstherr der Beschäftigten bzw. Beamtinnen und Beamten sei weiterhin die Stadt Monheim am Rhein. Lediglich das fachliche Weisungsrecht wurde der Geschäftsführung der ARGE übertragen. Die Beschäftigten seien gem. § 13 BAT bzw. § 123 a des Beamtenrechtsrahmengesetzes zugewiesen worden.

zu 2.: Die von der ARGE an die Stadt zu erstattenden Personalkosten, die auch einen geringen Anteil für Sachkosten enthielten, seien für das Jahr 2009 mit 950.000 € geplant gewesen.

zu 3.: Insgesamt würden zurzeit neben den oben genannten Personal- und Sachkosten noch 63.000 € als Mietzins an die Stadt Monheim am Rhein erstattet. Insgesamt würden durch eine etwaige Auflösung der ARGE, eine Aufgabe der Räumlichkeiten und einen Wiedereinsatz des Personals mit städtischen Aufgaben, ohne entsprechende Kompensation, eine Mehrbelastung in Höhe von 1.013.000 € entstehen.

Hierbei handle es sich jedoch um eine fiktive Berechnung, die den Anteil der wahrgenommenen kommunalen Aufgaben nicht berücksichtige.

zu 4.: Verschiedene Konzeptionspapiere der Bundesagentur, die zurzeit innerhalb des Ministeriums abgestimmt würden, sollten kurzfristig mit den Trägern

diskutiert werden. Hierbei sei davon auszugehen, dass unabhängig von der genauen Ausgestaltung einer zukünftigen Zusammenarbeit auch weiterhin kommunales Personal für die Aufgabenerledigung benötigt werde.

Bezüglich der Ausgangsfrage teilt die Verwaltung mit, dass letztendlich die Frage, welche finanziellen Belastungen auf die Stadt Monheim am Rhein durch die Auflösung der ARGE ME-aktiv des Kreises Mettmann zukämen, zum derzeitigen Zeitpunkt nicht zu beantworten sei, da zunächst Klarheit über die zukünftige Aufgaben- und Kostenverteilung hergestellt werden müsse.

Über die weitere Entwicklung werde zeitnah berichtet.

Der Rat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

33 Integriertes Handlungskonzept zur Stärkung der Innenstadt in Monheim am Rhein

Vorlage: VIII/0061

Beschluss

Das integrierte Handlungskonzept zur Stärkung der Innenstadt wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

34 Auflösung der Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann mbH

Vorlage: VIII/0102

Die Verwaltung erläutert vor Beschlussfassung sowohl die Dringlichkeit als auch den Inhalt der Vorlage.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion fragt nach, ob ein negativer Ratsbeschluss Auswirkungen auf die Entscheidung des Kreises habe, die Gesellschaft aufzulösen.

Ein Rats- und Kreistagsmitglied der CDU-Fraktion, der auch Vertreter in der Gesellschafterversammlung ist, führt aus, dass die sich abzeichnenden Verluste der Gesellschaft dazu geführt hätten, dass ein Gesellschafter nach dem anderen, auch der Kreis als Hauptgesellschafter, ausscheiden würde. Da mit Sicherheit feststehe, dass die Verluste auf die in der Gesellschaft verbleibenden Gesellschafter verteilt würden, sei ein Verbleib in der Gesellschaft nicht ohne finanzielle Folgen möglich.

Beschluss

Der Auflösung der Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann mbH wird zugestimmt. Die Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in der Gesellschafterversammlung werden beauftragt, alle erforderlichen Handlungen zur Auflösung der Beschäftigungsgesellschaft vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

35 Mündliche Mitteilungen

1. Der Sitzungsplan für das Jahr 2010 ist in die Postfächer der Ratsmitglieder verteilt worden und in das Ratsinformationssystem eingepflegt worden.
2. Die Auszahlung der Aufwandsentschädigungen soll mit dem neuen Ratsinformationssystem erfolgen. Zurzeit bestünden allerdings noch technische Schwierigkeiten. Es ist aber davon auszugehen, dass die Auszahlung in den nächsten Tagen erfolgt.
3. Wegen eines Druckfehlers wurde das Formular zur Ehrenordnung ohne die Seite 2 verschickt. Das korrekte Formular wurde in der vollständigen Fassung in die Postfächer verteilt.

36 Mündliche Anfragen

36.1 Anfrage der SPD-Fraktion zu dem Festakt der Ehrenringverleihung für Eli Fedida

Die SPD-Fraktion fragt an, ob die Möglichkeit bestünde, bei der Ehrenringverleihung für Eli Fedida, die wohl ausschließlich in englischer Sprache vorgenommen werden soll, für Übersetzungen zu sorgen. Der Bürgermeister teilt mit, dass dem Festakt zur Ehrenringverleihung durchaus gefolgt werden könne, auch wenn keine Englischkenntnisse vorlägen. Er sagt jedoch zu, eine akzeptable Lösung zu finden. U. a. könne man schriftliche Übersetzungen der Redebeiträge an die Gäste verteilen.

36.2 Anfrage der SPD-Fraktion zum Ernst-Reuter-Platz

Die SPD-Fraktion teilt mit, dass sich die Klagen in Bezug auf den zunehmend schlechteren Zustand der Umgebung und die Geschäfte am Ernst-Reuter-Platz häufen würden. Durch das Projekt "Gemeinsam handeln", das ja auch bezuschusst würde, sollte doch eine Verbesserung des Einzelhandels speziell in diesem Bereich erzielt werden. Wie oder werde die Zuschussverwendung überhaupt kontrolliert?

Zu dem angesprochenen Projekt berichtet der Bürgermeister, dass viele Gespräche nicht nur mit den Geschäftsbetreibern sondern auch mit den Geschäftseigentümern, die alle daran interessiert sein würden, dass sich die Situation am Ernst-Reuter-Platz verbessere, stattgefunden haben. Auch wenn eine sichtbare Verbesserung des Umfeldes in diesem Bereich noch nicht feststellbar sei, könne als positives Fazit festgehalten werden, dass sich verschiedene Geschäftsleute bereit erklärt hätten, das Projekt, auch wenn die Begleitung durch den Bundesverband des Türkischen Groß- und Einzelhandels nicht mehr gegeben sei, ehrenamtlich weiterzuführen.

36.3 Anfrage der SPD-Fraktion zu einem Teilstück der Robert-Koch-Straße

Der SPD-Fraktion liegt eine Bürgerbeschwerde zu dem Stichweg der Robert-Koch-Straße, Hausnummern 32 - 34a vor. Kinder und Jugendliche würden mit hohem Tempo mit Fahrrädern und Rollern von diesem Stichweg aus auf die Straße einfahren, so dass es bereits zu einigen Beinaheunfällen gekommen sei. Das ließe sich durch das Verschieben von vorhandenen Pflanzkübeln verhindern. Sie bittet um Prüfung, ob das machbar sei.

Die Verwaltung sagt eine entsprechende Prüfung zu.

36.4 Anfrage der CDU-Fraktion zu den Reflektoren in Kreisverkehren und Verkehrsinseln

Ein Mitglied der CDU-Fraktion verweist auf die im Boden eingebauten Reflektoren im Kreisverkehr Baumberger Chaussee/Kielsgraben und fragt an, ob die Verwaltung beabsichtige, solche evtl. auch zur Verkehrslenkung an anderen Standorten und auch an Fahrbahnteilern einzubauen. Das würde besonders im Dunkeln der Verkehrssicherheit dienen. Als Beispiele führt er die Verkehrsinseln auf der Straße Am Kielsgraben und der Opladener Straße an.

Die Verwaltung teilt dazu mit, dass es sich bei dem Einbau dieser Reflektoren um ein relativ neues Verfahren handele und man zunächst 100 Stück probeweise habe einbauen lassen. Wenn sich der Einbau bewähre, dann würden sicherlich Überlegungen angestellt, auch andere kritischen Stellen damit auszustatten.

36.5 Hinweis eines Sprechers der SPD-Fraktion zu einer Liegenschaft am Ernst-Reuter-Platz

Ein Sprecher der SPD-Fraktion weist auf eine kaputte Schaufensterscheibe einer ehemaligen Gaststätte am Ernst-Reuter-Platz hin, die bereits seit Monaten nur mit einem Brett vernagelt worden sei.

Er regt an, die Verwaltung möge Einfluss im Hinblick auf eine akzeptable Herrichtung der Liegenschaft nehmen.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

36.6 Frage eines Sprechers der SPD-Fraktion zu dem Fußgängerüberweg an der Benrather Straße

Ein Sprecher der SPD-Fraktion weist auf die im Zusammenhang mit einer Straßenumleitung vorgenommene Aufweitung des Fußgängerüberweges an der Benrather Straße hin. Er fragt an, ob der ursprünglich eingengegte Zustand wiederhergestellt würde, so dass die Besucher der Seniorentagesstätte die Straße sicher überqueren könnten?

Die Verwaltung teilt mit, dass die bisherige Einengung nicht wiederhergestellt werde, weil festgestellt worden sei, dass durch die Einengung Begegnungsverkehr entstanden sei, der eher zu einer Gefährdung der Fußgänger geführt habe.

Um 22:10 Uhr schließt der Bürgermeister den öffentlichen Teil der Sitzung. Nach einer kurzen Pause soll die Sitzung mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt werden

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Beate Hellingrath
Schriftführerin